

licher Anhang in einer bisher stets wieder aufgeschobenen Angelegenheit sein. Es ist durchaus nicht unmöglich, daß man in nicht zu ferne Zeit ein etwas lebhafteres Bestreben für diese Waffe ansetzen wird, wenn man erst über die genügende Menge für diesen schweren Dienst besonders geschulten Personal verfügt. Wir betonen ausdrücklich, daß jetzt kein Grund zu der Befürchtung vorliegt, dieses wichtige Verteidigungsmittel würde bei und vernachlässigt.

Deutsches Reich.

Leipzig, 23. November.

Der neue Chef des Admiralstabes. Für den aus dem Amte scheidenden Admiral Staffiel wird Vizeadmiral Graf v. Saldern als Nachfolger in Aussicht genommen. Der Vizeadmiral Graf v. Saldern hat sich in den höheren Dienststellungen während in hervorragenden Kommandostellungen befunden. Schon Mitte der neunziger Jahre leitete er die militärische Abteilung im Reichsmarineamt; dann stand er bei derselben Behörde dem Hydrographischen Amt vor, das in jenen Jahren gerade bedeutend in seinem Geschäftsbereich erweitert wurde und die erste Herausgabe deutscher Seekarten in Angriff nahm. Als Freiherr v. Boornstein von der Stellung als Kommandant der „Hohenloher“ im Atlantik, wurde dem Grafen Saldern die Führung der Flotte übertragen. In dieser Dienststellung erfolgte seine Ernennung zum leitenden Stabschef des Reichsmarineamts und später zum Admiral à la suite. Dann ging Graf Saldern nach Ostasien, um als zweiter Kommandant beim Kreuzer-Admiral tätig zu sein. In den letzten Jahren leitete er eine Marineinspektion und führte ein Geschwader in der heimischen Schiffsflotte. Bereits seit dem September vorigen Jahres ist er ohne bestimmte Dienstfunktion. In dieser Zeit wurde er mehrfach zum persönlichen Dienst beim Kaiser herangezogen. Der Marineadmiralstab wechselt jetzt zum dritten Male seinen Chef. Kommandant Graf v. Saldern wird jetzt als Chef der Marineinspektion in reorganisierten Stellen, da ihre Aufstellung noch immer nicht abgeschlossen ist. Da Graf Saldern bereits seit dem Anfang des Jahres 1905 Vizeadmiral ist, sieht seine Beförderung zum Admiral nahe bevor.

th. Fernverkehrs Staats mit den Eisenbahnprojekten. Staatssekretär Dernburg hat in dem letzten Tagen Konferenzen über Konferenzen abgehalten, die sich fast ausschließlich um die von ihm gegernten Bahnprojekte in Ostafrika drehten. Hauptächlich zwischen Kolonialamt und Reichsfinanzamt wurden umfangreiche Besprechungen abgehalten. Das Reichsfinanzamt hat sich den letzten Plänen Dernburgs aber sehr skeptisch gezeigt und frei und frank erklärt, daß an die Ausführung dieser Pläne für die nächsten Monate nicht zu denken ist, da bei dem jetzigen Geldmangel die Ausführung von Arbeiten für die Kolonialbahnen gegenwärtig, wie es die projektierte ostafrikanische Zentralbahn ist, Schwierigkeiten bereiten müßte. Das Reichsfinanzamt hofft trotz der erhöhten Staatsausgaben, trotz der Erhöhung der Reichsbeamtengehälter ohne neue Steuerpläne auskommen, was aber unmöglich wäre, wenn für Kolonialbahnen hundert und mehr Millionen verwendet werden müßten. Herr Dernburg ist jetzt sehr verstimmt, und aus dieser Verstimmung entspringt auch der Entschluß, über seine Reise vorläufig nichts in die Öffentlichkeit gelangen zu lassen und seine Pläne vorläufig nach anderen zu lassen. Auch die beabsichtigte Fortsetzung seiner Reise nach zur Ausführung gelangen. Die Stimmung im Lande ist jetzt für die beschlossenen Pläne Dernburgs günstig, auch in liberalen Kreisen war man seinen Projekten im allgemeinen günstig gesinnt, aber mit einer günstigen Stimmung allein kann man nicht handeln aufhören, wenn das Geld und die Mittel fehlen, so daß es verstanden, seit. Deshalb ist das Staats der Pläne zu bedauern, welches kommt, was die Stimmung betrifft, sobald keine so günstige Konjunktur wieder. Daß man im Kolonialamt die Projekte nicht überflüssig will, hat auch ein Grund; solche Kleinprojekte, die Hunderte von Millionen kosten, wollen rechtlich überlegt sein und dürfen nicht in der ersten Begründung nach einer internationalen Kolonialreise ohne genügende Unterlagen gefertigt werden. Für das neue Rechnungsjahr dürfte man sich wohl auf die Fortführung der Bahn Kuba-Havanna nach Reimschmied und den Kasbah der Hambarabahn nach Wochi beschränken, die größeren Projekte auf eine günstigere Zeit aufsparen. Auch im Interesse der Politik ist es gut, den Wagen nicht zu straff zu spannen.

Berner Literatur-Konvention. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt: Zur Vorbereitung der voraussichtlich im nächsten Herbst in Berlin abzuhaltenden internationalen Konferenz zur Revision der Berner Übereinkunft, über die Bildung eines internationalen Verbandes zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst, haben im Auswärtigen Amt unter Vorbehalt des Ministerialdirektors Herrl. Geheimen Rates v. Roerner, sowie unter Beteiligung von Vertretern des

Auswärtigen Amtes, des Reichsamtes des Innern und des Reichsjustizamts, Besprechungen mit den Mitgliedern des Berner Bureau des Internationalen Verbandes zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst, Herrn Direktor Moxel und Herrn Stollner Rothberger, stattgefunden.

Enquêtes im Geldwesen. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt: Die wir hören, ist seitens des Reichsministeriums bereits seit längerer Zeit eine umfassende Untersuchung unserer Geld- und Kreditverhältnisse unter Mitwirkung von Sachverständigen in Aussicht genommen. Die einleitenden Schritte hierzu sollen schon in den nächsten Wochen erfolgen, um den Sachverständigen genügend Zeit für eine eingehende Prüfung und für Umfragen in weiteren Kreisen zu lassen. In gleicher Weise wird eine Enquête über Fragen des Bankwesens durchgeführt, wie sie bereits in der vorigen Session des Reichstages von der Reichsverwaltung in Aussicht gestellt war. Die Anhörung von Sachverständigen über diese Fragen ist auch zur Vorbereitung der Entscheidungen erwünscht, welche anlässlich des am 1. Januar 1911 eintretenden Ablaufes der Reichsbankprivilegien zu treffen sein werden.

Freiherr v. Stengel. Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt über den Reichsdagabgeordneten Herrn v. Stengel, den sie mit kongruenter Perfektion gegen ein „liberales Restregiment“ zu verteidigen sich anstellt, unter anderem: Wir glauben nicht, daß er noch allzulange die Härte seines Amtes tragen wird. Das haben wir schon vor kurzem angedeutet. Wir glauben aber ebensoviele, daß er jetzt im kritischen Augenblicke die Härte ins Korn werfen wird. Dazu werden ihm auch die jetzigen Angriffe nicht veranlassen. Durch seine bisherige Amtsführung hat er die Aufmerksamkeit aller Betrachter erworben. Dieses Vertrauen wird sein Nachfolger erst erdulden müssen. Er hat bisher Fähigkeit, Fähigkeit und sich behauptet und lediglich die glückliche Hand vermessen lassen.

Reichsdagabgeordneter Prinz Edouard-Gesellschaft hat am Sonntag in einer großen Versammlung zu Göttingen eine in mancher Beziehung bemerkenswerte Rede gehalten. Wir entnehmen der „Norddeutschen Korrespondenz“ seine Ausführungen über die Wahlrechtsfrage: „Ich möchte nun noch einige Worte sagen, über das, was uns allen am Herzen liegt, über das Wahlrecht. So wie die Wahlrechtsfrage jetzt liegt, kann und darf es nicht weiter gehen. Schon Herr v. Stengel hat das prunkliche Wahlrecht das schlechteste aller Systeme genannt. Es würde nachteilig, wie in den liberalen Staaten das Wahlrecht durch die Reichsdagabgeordnetenhaus einzuführen. Das prunkliche Wahlrecht, zu dem ich mich gern und freudig bekenne, hat gezeigt, daß es nicht so ihm liegt, wenn schlechte Wahlen stattfinden, sondern an der Fähigkeit der bürgerlichen Parteien und an ihrem Richtsinn zusammenhalten. Es würde uns sehr einfach sein, daß nach ihm auch für das prunkliche Wahlrecht gemacht wird. Warum soll der prunkliche Wähler bei seiner Vertreterwahl zum Reichstag nicht dieselbe Freiheit haben wie bei der Reichsdagabgeordnetenwahl? Ich vermag keine Gründe dafür anzugeben. Warum soll der Wähler weniger mündig, weniger kultiviert und intelligenter sein als der Wähler der Reichsdagabgeordnetenwahl? Ich glaube, wir könnten ruhig das Wahlrecht des Reichsdagabgeordneten auf den Reichsdag übertragen. Wie die Verhältnisse liegen, muß ich meine Wünsche aber zurückstellen, denn sie werden sich nicht realisieren lassen. Einmal werden sie scheitern an dem Widerpruch der Regierung, und im preussischen Landtag ist zum andern eine Majorität, die nicht liberal ist. Die Konservativen und vielleicht auch manche Liberalen würden diese Fortsetzung entschieden ablehnen. Ich begrüße es aber mit besonderer Freude, daß soweit erkennbar, die Meinung dahin geht, nicht etwas zu fordern, was sich nicht durchsetzen läßt. Ich bin dann der Ansicht eines Führers der freisinnigen Volkspartei, daß der preussische Reichstag ein Schritt in diese Richtung, was ich lieber zwei Schritte, als nur einen. Es darf keine Entfremdung zwischen Liberalen, der Regierung und Konservativen eintreten, sonst haben wir auf einmal wieder das Zentrum, das seine guten Dienste anbietet.“

Die Reichsdagabgeordneten. Wie aus dem Ausba mitteilt wird, hat der Reichsdagabgeordnete Herrl. Geheimen Rates v. Roerner, sowie unter Beteiligung von Vertretern des

Die Vollenbringer. Die „Allgemeine Zeitung“ meldet aus Berlin: Die Fortsetzung der Vollenbringer geht über 250 Millionen Mark hinaus. Die Zahl der jährlich angelegten Anleihen war im letzten Jahre doppelt so groß als unmittelbar nach 1902. Dadurch sind die bis dahin bewilligten 250 Millionen schneller aufgebraucht worden, als erwartet war. Dinge kommt, daß in den letzten zwei Jahren durch Umwandlung des vorhandenen deutschen Bauernbesitzes in Rentengüter, neue große und viele Mittel erforderliche Aufgaben erwachsen. Deshalb ist zu erwarten, daß in der jetzigen Anleihenverteilung der Regierung wiederum im 1902 ein erheblicher, acht Prozent zum normierten Anteil für den Ankauf von Pommern und Kosten mitzuzahlen ist. Die erforderlichen Mittel können auch diesem, weil es sich um dauernde, verlässliche Anlagen von Staatsbahnen handelt, nur durch Anleihen gedeckt werden.

Eine baldige Verabschiedung der Vorlage durch den Reichstag ist wünschenswert, weil die Anleihekommission besonders am Ende ihrer Mittel leidet.

Verfahren eingeleitet. Das Verfahren gegen die „Allgemeine Zeitung“ wegen Verleumdung des Reichsdagabgeordneten Herrn v. Stengel ist eingeleitet worden.

Der Abg. Graf. Die baltischen liberalen Reichsdagabgeordneten haben sich jetzt dahin geeinigt, daß man von einer Wiederwahl des sozialdemokratischen Abg. Graf zum zweiten Vizepräsidenten der zweiten Kammer absehen müsse. Wenn die Sozialdemokratie Anspruch auf einen Vizepräsidenten erhebt, so wird dieser nicht unbedingt zurückgewiesen werden; seine Anerkennung wird vielmehr nach einer gründlichen Ermittelung davon abhängig gemacht, daß die Sozialdemokratie in der Person ihres Kandidaten Garantien bietet, die einen neuen „Fall Graf“ unmöglich machen. Herr Graf hat sich bekanntlich trotz seiner Angehörigkeit zum Kammerpräsidenten geweigert, die Verleumdungsbekämpfung der Kammer an dem neuen Großherzog zu unterstellen.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Abgeordnetenhaus. Aus Wien wird gemeldet: Der Eisenbahnminister hat ein Gesetz, betreffend die Sicherstellung des Baues der Unterfrankfurter Bahn, im Abgeordnetenhaus eingebracht. Das Gesetz enthält Bestimmungen über die Vermeidung der unzulässigen Weichen zur Umgehung der Weichen, sowie ein von zahlreichen Verleumdungen unterzeichneten Antrag über die Wiedererrichtung des Vollbahnhofs und der Landesbahnen in Österreich. Das Gesetz ist die Verhandlung über die Antragstellung über die Maßnahmen gegen die Eisenbahnverunreinigungen.

Die Ausgleichsvorlage. Aus Wien wird gemeldet: Ministerpräsident Wellek hat im Parlament die angekündigte Ausgleichsvorlage über die Gewerbesteuer der Ausgleichsvorlage eingebracht. Die Ausgleichsvorlage besteht aus einem Gesetz, das die Gewerbesteuer in der Form der Einkommensteuer einführt, und einem Gesetz, das die Einkommensteuer in der Form der Einkommensteuer einführt. Die Ausgleichsvorlage ist die Verhandlung über die Ausgleichsvorlage.

Die Verhandlungen über die Ausgleichsvorlage zwischen Deutschen und Ungarn. In der Frage der Ausgleichsvorlage zwischen Deutschen und Ungarn, hat der Reichsdagabgeordnete Herrl. Geheimen Rates v. Roerner, sowie unter Beteiligung von Vertretern des

Schweiz.

C. T. Der Streit in den Seidenfabriken von Zürich ist beendet. Eine Einigung über das 31. Dezember ablaufende Tarifverhältnis zwischen dem Verband der Seidenfabriken von Zürich und der Arbeitervereine hat stattgefunden.

Italien.

Reichsdagabgeordnete. Der römische Korrespondent der „Allgemeinen Zeitung“ schreibt: Ein bekannter Abgeordneter, der zu den liberalen Abgeordneten gehört, hat sich in der Reichsdagabgeordnetenversammlung über die Lage der italienischen Wirtschaft geäußert. Er hat die Lage der italienischen Wirtschaft als sehr düster bezeichnet und hat die Notwendigkeit einer Reform der italienischen Wirtschaft hervorgehoben. Er hat die Notwendigkeit einer Reform der italienischen Wirtschaft hervorgehoben.

Indien.

Abkommen des Eisenbahnverkehrs. Aus Kalkutta wird mitgeteilt: Ein Abkommen über den Eisenbahnverkehr zwischen Indien und England ist abgeschlossen. Das Abkommen enthält Bestimmungen über die Eisenbahnverkehrsleistungen zwischen Indien und England.

Seuilleton.

Der deutsche Verein für Kunstwissenschaft.

Der Generaldirektor der Kgl. Museen Wilhelm Hildebrandt veröffentlicht in der dieser Tage erscheinenden Nummer 24 der „Internationalen Zeitschrift für Wissenschaft, Kunst und Technik“ einen Aufsatz, in dem er die Gründung des deutschen Vereins für Kunstwissenschaft und die Aufgabe des Vereins darlegt. Der Verein hat sich zum Zweck gesetzt, die Kunstwissenschaft in Deutschland zu fördern und die Kunstwissenschaftler in Deutschland zu unterstützen. Der Verein hat sich zum Zweck gesetzt, die Kunstwissenschaft in Deutschland zu fördern und die Kunstwissenschaftler in Deutschland zu unterstützen.

Die leidige alte Gewohnheit der Deutschen, für alles Fremde sich zu begeistern und darüber die eigene Heimat zu vernachlässigen und vernachlässigen, hat sich auch in der Kunstwissenschaft nicht verhehrt. Die Wissenschaft der Kunst ist in Deutschland nicht so hoch entwickelt wie in anderen Ländern. Die Wissenschaft der Kunst ist in Deutschland nicht so hoch entwickelt wie in anderen Ländern. Die Wissenschaft der Kunst ist in Deutschland nicht so hoch entwickelt wie in anderen Ländern.

Die Kunstwissenschaft in Deutschland. Die Kunstwissenschaft in Deutschland hat in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht. Die Kunstwissenschaftler in Deutschland haben sich bemüht, die Kunstwissenschaft in Deutschland zu fördern und die Kunstwissenschaftler in Deutschland zu unterstützen.

Wie außerordentlich reichhaltig und lohnend diese Aufgabe ist, dessen wird auch der Hochmann erst inne werden, wenn er das weite Gebiet der Kunstwissenschaft in Deutschland durchwandert. Die Kunstwissenschaft in Deutschland hat in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht. Die Kunstwissenschaftler in Deutschland haben sich bemüht, die Kunstwissenschaft in Deutschland zu fördern und die Kunstwissenschaftler in Deutschland zu unterstützen.

Ich habe nur einzelne Themen angeberührt, um einen Begriff zu geben von der Mannigfaltigkeit und dem Umfang der Aufgaben, die sich hier für eine erhellende wissenschaftliche Veröffentlichung in Wort und Bild ergeben. Das ist aber nur eines der Ziele, freilich ein besonders bedeutendes unter ihnen, die sich der neue Verein gesetzt hat. Neben der großen Dokumentenpublikation ergibt sich, gewissermaßen als Nebenprodukt, leicht und ohne Kosten eine kaum weniger bedeutsame Veröffentlichung anderer deutscher Kunstwissenschaftler in Einzelschriften über verschiedene Materien, Knapp in der Form und zeitlich in der Darstellung, nicht mit reichlicher Illustration. Sie werden sich an die weitesten Kreise des Volkes und soll gelegentlich Spezialarbeiten von Lehrern und Schülern bearbeitet werden, sowohl in Sonderpublikationen wie in Handbüchern. Diese würden in der Regel von denselben Fachmännern abgefaßt werden, die auch die große Aufgabe bearbeiten. Zwei andere Aufgaben sind es, um nur ein Beispiel zu nennen, wenn aus den Publikationen der deutschen Kunstwissenschaft, Einzel, Reihenfolgen, ein Handbuch mit den gleichzeitigen besten Bildnissen anderer deutscher Künstler und der großen deutschen Volkskunst für unsere Jugend zusammengestellt wird, die sich bisher an den Theaterbildern des Straßburger Münsters begnügen muß! Als Hauptziel der Arbeit ist die Herausgabe von „Monumenten“ vorgesehen, die sich zugleich photographische Sammelwerke der verschiedensten Art, die namentlich für den Gebrauch in den Abteilungen der Universitäten und höheren Schulen, zum Teil schon vor der Veröffentlichung der einschlägigen großen Werke ausgegeben werden könnten.

Eine andere Aufgabe sieht der neue Verein in der Ausgabe eines illustrierten Jahrbuchs, in dem die deutsche Kunstwissenschaft voll zur Sprache kommen kann. Mit diesem Jahrbuch soll eine Kunstwissenschaft verbunden werden, die auf Vollständigkeit Anspruch machen wird. Allerdings sollen Kunstwissenschaftler bei und nicht, und literarische Jahrbücher bringen mehrere herbeiführen; aber alle diese Publikationen

sind zu einseitig und unvollständig und lassen den Mangel eines solchen munterig illustrierten wissenschaftlichen Jahrbuchs der Kunstwissenschaft noch empfinden.

Nach dieser durch diese verschiedenartigen, umfangreichen Publikationen, die für Jahrzehnte die deutsche Kunstwissenschaft auf intensiveren in Anspruch nehmen werden, wird der Verein für Kunstwissenschaft noch unmittelbar auf „das kunstgeschichtliche Wissen und das literarische Leben in Deutschland“ fördern einwirken. Er erstrebt dies, wie es im Programm ausgesprochen wird, durch die „Verstellung kunstwissenschaftlicher Anstalten und Verbindungen im Ausland“ und die „Einrichtung von Stipendien für Vertreter der neueren Kunst, welche durch „Verlebung des allgemeinen Interesses und Verbindnisses für Kunst“ im weitesten Sinne. Dies will der Verein erreichen, indem er seinen Einfluß darauf geltend zu machen sucht, daß an den Universitäten und anderen Hochschulen für entsprechende Veröffentlichung der Kunstwissenschaft gefördert wird, daß auch in den höheren Lehranstalten kunstwissenschaftlicher Unterricht eingerichtet wird, Apparate dafür eingerichtet, und Lehrer und Oberlehrerinnen durch Fortbildung, Prüfung und Fortbildung dafür genügend vorbereitet werden, und daß auch sonst durch solche kunstwissenschaftliche Fortbildungskurse und Vorträge aller Art auf die weitesten Kreise des Volkes einzuwirken wird.

Baldig eine Reiseaufgabe, die sich der Verein in diesem Programm gestellt hat. Es bedurfte des Rates und der Erfahrung eines Mannes wie Friedrich Althoff, der das Statut entworfen hat, um ein solches Ziel klar ins Auge zu fassen, um ihm feste Form zu geben und die Wege zur Verwirklichung zu suchen und anzugehen. Der große Dank geht zu ihm aus, in jedem deutschen Herzen; denn nachdem er einmal ausgesprochen ist, nachdem die Wege zu seiner Verwirklichung gewiesen sind, wird ihm jeder Deutsche, der für Kunst und Wissenschaft Interesse hat, zu dem seinigen machen und an der Verwirklichung mitzuwirken bereit sein. Darum ist es auch gewiß der richtige Weg, wenn sich die Männer, die das Programm unterzeichnet haben, nicht an das Reich oder die einzelnen Regierungen, sondern an die deutsche Nation wenden, wenn sie zum Beitritt zu einem Verein auffordern, der nicht nur Kunstgelehrte, Künstler und Kunstwissenschaftler, sondern alle Kunstfreunde im weitesten Sinne umfassen soll. Die Aufgabe des Vereins soll die Verwirklichung der Ziele des deutschen Volkes nach dieser Richtung sein. Wenn der Verein dies durch die Teilnahme daran und durch seine Organisation, wie wir voraussetzen, in kurzer Zeit bewerkstelligen wird, so wird das Reich, wo es nötig sein wird, seine Unterstützung zur Förderung der großen Ziele des Vereins nicht verweigern.

Seine Gründung. In einer Generalversammlung vom 21. wurde die Verwirklichung des Programms in Wien an die Direktoren des Theaters an der Wien, Krieger und Wagner beschlossen. — In Schweden hat der Reichsdag 2000 Kronen bewilligt, die während der Jahre 1908 bis 1910 als Staatsunterstützung für die „Schweizerische Kunstwissenschaft“ verwendet werden sollen. Ein Sonderausstellungsausschuss, dem auch Selma Lagerlöf angehört, hat für die Verwirklichung des Programms in Schweden Robert Sander, der Verfasser des „Schweizerischen Kunstwissenschaft“, als Leiter ernannt. Die Ausstellung des „Schweizerischen Kunstwissenschaft“ wird in der Schweiz durch die Teilnahme daran und durch seine Organisation, wie wir voraussetzen, in kurzer Zeit bewerkstelligen wird, so wird das Reich, wo es nötig sein wird, seine Unterstützung zur Förderung der großen Ziele des Vereins nicht verweigern.